

Jahresbericht 2011 (Vereinsperiode ab Nov. 2011 bis Feb. 2013) Ausblick (auf Vereinsperiode bis Ende 2013)

Im November 2012 jährte sich die Gründung der Aktion Gümligenfeld bereits zum sechsten Mal. Auch im vergangenen Jahr hat sich - sogar noch deutlicher als in früheren - gezeigt, dass unabhängige BürgerInnenorganisationen wie die Aktion Gümligenfeld [AG] Wesentliches zu einer gesunden Weiterentwicklung unserer Gemeinde beitragen. Ihre Aktivitäten haben 2012 u.a. dazu geführt, dass das Volk die vom Parlament durchgewinkte sehr unbefriedigende Ortsplanungsrevision abgelehnt und damit seine Erwartungshaltung in Bezug auf die Qualität der Planung unseres Lebensraumes offen gelegt hat. Organisationen wie die AG verbalisieren Ungereimtheiten und tragen zusammen mit der Bevölkerung oder durch Anrufung neutraler Oberinstanzen dazu bei, dass Widersprüche bereinigt werden. Durch die nun bereits langjährige Tätigkeit der AG ist ihr Sensorium für kritische Fragen geschärft und das ihr entgegengebrachte Vertrauen gestärkt worden.

Ortsplanungsrevision

Die AG hatte sich im Jahr 2011 zur Ortsplanungsrevision [OPR12] bereits im Mitwirkungsverfahren ausführlich vernehmen lassen. Im Grundsatz verlangte sie, dass die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung besser aufeinander abzustimmen seien und besonders, dass man auf die Einzonung von Grünflächen verzichte. Der Mehrbedarf an Wohnraum sei durch Verdichtung zu decken, zudem müsse der Entscheid des Bevölkerungsforums – ein Nullwachstum anzustreben – respektiert werden. Gleichartige Vorschläge unterbreitete die AG im Rahmen des öffentlichen Konsultationsverfahrens zum Entwurf des Regionalen Entwicklungskonzeptes. Die Anliegen der AG fanden bei den Projektverantwortlichen generell wenig Beachtung. Der Gemeinderat legte dem Volk in der Folge eine Planung vor, die in Richtplänen die Ein- bzw. Umzonung der Schürmatte, des Hofachers und des Thorackers vorsah, hingegen wichtige Aspekte wie den geplanten Ausbau der A6 ausklammerte. Er missachtete gar das Anliegen der Bevölkerung, auf ein Wachstum zu verzichten. Nach ausführlichen Abklärungen entschieden die Vorstandsmitglieder der AG und der Interessengemeinschaft Multengut [IGM] zusammen mit VertreterInnen aus dem Thorackerquartier, die Vorlage zu bekämpfen. In zahlreichen Arbeitssitzungen wurde ein Argumentarium erstellt und redaktionell sowie graphisch aufgearbeitet. In den LONA wurde Werbung für das Anliegen veröffentlicht, auf der Strasse Aufklärungsarbeit geleistet und Flugblätter verteilt. Dank geöffneter Kasse der AG konnte sie einen wesentlichen Teil der finanziellen Mittel bereitstellen. Der Souverän folgte den Empfehlungen der mit vereinten Kräften geleisteten Aufklärungsarbeit der Vereine und lehnte die unbefriedigende Planung ab. Parlament und Exekutive, zusammen mit dem neu angestellten Leiter Hochbau und Verwaltung, haben damit die Chance erhalten, einen Planungswettbewerb auszuschreiben und eine ausgereifte Revision der Planung vorzulegen, die auf den Ergebnissen eines zwischen anerkannten Planern auszutragenden Architekturwettbewerbes basieren soll.

Gümligenfeld

In der Periode des Vereinsjahres wurden die hängigen Rechtsverfahren im Gümligenfeld abgeschlossen, und die Gerichtsentscheide sind rechtskräftig geworden. Noch bestritten war zuletzt die konkrete Nutzung des ursprünglich von der Implanzia eingereichten und heute von der Firstclass-Invest übernommenen Bauvorhabens für ein Fachmarktzentrum. Die vom Quartierverein podium Tannacker und Gümligenfeld eingereichte Beschwerde gegen die von der Gemeinde erteilte Bewilligung des Nutzungsgesuches wurde von der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern [BVE] gutgeheissen. Der Verein hatte moniert, dass die nachgesuchte Fachmarktnutzung de facto einem Einkaufszentrum gleichkomme und damit – weil ein grösseres Verkehrsvolumen auslösend – standortwidrig sei. Der BVE-Entscheid wurde von der Bauherrschaft vor dem Verwaltungsgericht [VG] beschwert. Dieses wies den Fall zur erneuten Beurteilung an die BVE zurück. Das podium konnte die Risiken der hohen Kostenfolgen nicht tragen und musste sich aus dem Verfahren zurückziehen. Dadurch erwuchs der Entscheid der Baukommission etwa 1½ Jahre nach Einreichen des Gesuchs in Rechtskraft. Wo kein Kläger ist, gibt es auch keinen Richter. Der mit vereinten Kräften der AG, des VCS und des podiums erbrachte Widerstand gegen das ursprüngliche Bauvorhaben hat dazu geführt, dass die bewilligten Fahrten auf durchschnittlich maximal 2'500 Fahrten pro Tag gesenkt worden sind. Das 2006 eingereichte Bauprojekt hätte nahezu das doppelte Verkehrsvolumen (4'500 Fahrten) generiert. Die zahlreichen Einsprachen und Beschwerden seitens der Vereine und die für sie entstandenen hohen Kosten sind somit bezüglich ihrer positiven Wirkung als sehr erfolgreich zu werten, obschon die Gemeinde mit dem Entwicklungsschwerpunkt Gümligenfeld trotzdem noch eine schwere Last und eine Minderung der bisher guten Standortvorteile in Kauf nehmen muss.

Das Gümligenfeld bleibt auch mit der nun erteilten Bewilligung ein Gebiet, das – unbeobachtet gelassen – erneut ausufernde Belastungen der öffentlichen Strukturen generieren könnte. Weder ist jetzt das bewilligte Fachmarktzentrum ordnungsgemäss gebaut und genutzt, noch sind für die zwei seit sieben Jahren leer stehenden Stockwerke des Mediamarktgebäudes (mangels Fahrten- und Parkplatzkontingenten) konforme MieterInnen gefunden worden. Letztlich liegt im Gebiet des Gümligenfeldes noch eine weitere grössere Parzelle, die bebaut werden kann. Wie die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, bestehen zwischen Landeigentümern und der Öffentlichkeit erhebliche Interessenskonflikte. Die einen wünschen Ertragsmaximierung, die andern akzeptablen Lebensraum. Damit sind auch zukünftig Leistungen von Vereinen wie der AG notwendig, welche sich bei der Verteilung des öffentlichen Raumes und der Infrastrukturen für den Erhalt von attraktiven Lebensbedingungen einsetzen.

Fachmärkte im Tannental

Die AG beschäftigt sich seit ihrer Gründung mit dem Fall Kamata, einem Bauprojekt, das auf dem Gelände des vormaligen Baukommissionspräsidenten P.Merz beim Autobahnanschluss Muri realisiert wurde. Im Jahr 2007 hatte die Baukommission rechtsmissbräuchliche Nutzungen bewilligt. Die AG hat massgebend dazu beigetragen, dass die Angelegenheit öffentlich bekannt und dass (von der SP) eine Baubeschwerde gegen die Bewilligung eingereicht wurde. Im Juni 2010 entschied das Bundesgericht [BG] letztinstanzlich, dass die Bewilligungen teilweise rechtsmissbräuchlich waren und dass zwei Fachmärkte (Qualipet und JYSK) den Standort verlassen müssen. Ende 2012 ist Qualipet ausgezogen, die JYSK wehrt sich hingegen in einem neu lancierten Verfahren immer noch gegen den BG-Entscheid. Die Firma hat um eine Ausnahmegenehmigung nachgesucht, die in erster Instanz abgelehnt worden ist, profitiert aber von der aufschiebenden Wirkung bis das neue Verfahren letztinstanzlich abgeschlossen ist. U.a. hat der Fall Kamata dazu geführt, dass die Baukommission neu von einem Gemeinderat präsidiert wird, um weitere zweifelhafte

Fehlentscheide zu verhindern, und zur Verbesserung der Glaubwürdigkeit der Baukommission. Mit dem Auszug der Fachmärkte wurden und werden im Gebäude der Kamata Nutzungsflächen frei, die wohl dereinst wiederbesetzt werden. Die AG behält diese langjährige Baustelle unserer Behörden auch in Zukunft im Auge, denn zur Wiederbesetzung werden erneut Baugesuche notwendig sein, mit welchen sich die AG erneut kritisch auseinandersetzen wird.

Regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept [RGSK] Bern-Mittelland

Das Konzept ist kürzlich in Rechtskraft erwachsen. Für die räumliche Entwicklung der Region Mittelland in unserer Gemeinde sind folgende Gebiete aufgeführt: Schürmatte, Hofgut, Gümligenfeld, Melchenbühl. Weil das Konzept behördenverbindlich ist, bestehen Verpflichtungen, die wohl im Widerspruch stehen zum im OPR12-Entscheid geäußerten Willen der Einwohnergemeinde. Zudem sind leider neuere Erkenntnisse zur besseren Nutzung des Grundes im RGSK noch nicht berücksichtigt worden. So fehlen darin insbesondere Visionen zur Überdachung von Autobahnen zur Nutzung als Siedlungsräume zum Wohnen und Arbeiten und zur gleichzeitigen Sanierung anliegender, lärmbelasteter Gebiete. Solche Visionen hätten gerade in unserer Gemeinde eine grosse Bedeutung, weil die A6, die unsere Gemeinde entzweit, aus verkehrstechnischen Gründen saniert werden muss, und weil durch gleichzeitige Überdachung derselben Siedlungsgebiet erster Güte gewonnen werden könnte (auf dem Dach und im angrenzenden, heute wegen den hohen Immissionen für Bauzwecke unbrauchbaren Bereich). Es ist vorgesehen, dass das RGSK erst in etwa 5 Jahren an den Stand der Entwicklung angepasst wird. Weil sowohl das Entwicklungskonzept als auch die Regionalkonferenz relativ neue Instrumentarien sind, ist z.Z. nicht absehbar, welche konkreten Konsequenzen sie in unserer Gemeinde nach sich ziehen werden. Die AG wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass in unserer Gemeinde keine Grünflächen eingezont werden bevor geklärt ist, ob nicht mit alternativen Siedlungsverdichtungsmassnahmen (z.B. durch Überdachung der Autobahn oder innerer Verdichtung) der Bedarf an Wohn- und Arbeitsflächen gedeckt werden kann.

Kahlschlag Platanenallee

Auf Geheiss der VOLVO- und PEUGEOT-Händler an der Worbstrasse Gümligens in der Nähe des Melchenbühlplatzes hat die Gemeinde vor einem Jahr wesentliche Bestände der alten Platanenallee fällen lassen. Den Kahlschlag hatte die Gemeinde ohne Konsultation der Bevölkerung kurzfristig angekündigt. Er konnte trotz aller Bemühungen der AG und weiterer Ortsvereine nicht mehr verhindert werden. Die Vereine hatten indessen zu einer stillen Protestaktion vor Ort eingeladen, an der sich zahlreiche BürgerInnen beteiligten. Die entstandene Lücke in der grünen Sichtbarriere gibt nun den Blick frei auf die dahinter liegenden hochversiegelten, schmuck- und vegetationslosen Industriegebiete, die dort – anstelle der Allee – heute das Ortsbild prägen, aber auch den ortsplanerischen Handlungsbedarf auf diesem zentral gelegenen, mit ÖV bestens erschlossenen Gelände aufzeigen. Auffällig geworden ist zudem, dass der gesetzlich vorgeschriebene Grünflächenanteil massiv unterschritten ist und weitere Defizite im Bereich der Worbstrasse bestehen. Die zwei abgelehnten Ortsplanungsrevisionen hätten diesen Zustand auf Jahre hinaus konsolidiert, wo hingegen jetzt erneut die Chance vorhanden ist, dass kreative Planer dieses Gebiet einer städtebaulich sinnvollerer Nutzung zuführen. Auf diesem Areal besteht vermutlich ein hohes Potential zur inneren Verdichtung unserer Siedlung.

Aus dem Vorstand

Nachdem im vergangenen Vereinsjahr der Vorstand durch Abgänge dezimiert worden war und auch für dieses Jahr Austritte angekündigt sind, führten die Mitglieder Gespräche mit dem Vorstand der IGMultengut, um ein allfälliges Zusammengehen der Vereine zu prüfen. Nach mehreren Besprechungen zeigten sich indessen Hürden. Die gemeinsame Durchführung eines Projekts sollte Klarheit schaffen, ob diese überwindbar sind. Die Mitglieder der IGM und der AG beschlossen, zusammen mit Personen des Thorackerleistes, gemeinsam die Vorlage des Gemeinderates zur OPR12 zu bekämpfen. Trotz der sehr erfolgreichen und angenehmen Projektarbeit konnten Lösungen für ein institutionalisiertes Zusammengehen in diesem Vereinsjahr noch nicht gefunden werden. An einer Vorstandssitzung der AG wurde deswegen beschlossen, der Mitgliederversammlung Statutenänderungen vorzuschlagen, welche ein allfälliges Zusammengehen der Vereine im nächsten Jahr erleichtern sollten. In der Neufassung des Zweckartikels wird der Fokus stärker auf bereits vorhandene generelle Zielsetzungen ausgerichtet und diese detaillierter umschrieben. Sie umfassen auch die in der aktuellen Version ausführlicher beschriebenen Zielsetzungen für das Gümligenfeld. Zusätzlich wurden Ziele der IGM (Schutz von Denkmälern sowie kulturell und ökologisch wertvollen Gärten und Landschaften) in die Statuten aufgenommen. Im Vereinsnamen wurde der Begriff „Aktion“ beibehalten und „Gümligenfeld“ durch „Muri-Gümligen“ ersetzt. Dadurch werden die Voraussetzungen für ein Zusammengehen der beiden Vereine geschaffen. Diese etwas kompliziert erscheinende Vorgehensweise ist aufgrund juristischer Betrachtungen notwendig, weil mit dem Zusammenschluss kein neuer Verein entstehen soll. Bei der Gründung eines neuen Vereins entstünde erneut eine Wartefrist von 10 Jahren bis er legitimiert wäre, Einsprachen und Beschwerden im Geltungsbereich des kantonalen Baurechtes zu erheben. Mit den vorgeschlagenen Änderungen bleibt die seit der Gründung der AG (2006) laufende Wartezeit im damaligen Wirkungsfeld der Statuten erhalten. Der Verein „Aktion Muri-Gümligen“ [AGM] wird etwa in vier Jahren Einspracheberechtigung erlangen.

Eine adäquate Lösung für die Erneuerung/Erweiterung des Vereinsvorstandes konnte bisher nicht gefunden werden. Der Vorstand beschloss deswegen, die Aktivitäten zu reduzieren und zunächst Neumitglieder zu rekrutieren. Eine Auflösung des Vereins hat er z.Z. nicht geplant, da die AG - dank den im Vorstand vorhandenen Fertigkeiten und Erfahrungen - noch Wirkung erzeugt (wie u.a. das Abstimmungsergebnis zur OPR12 zeigt) und vor allem, weil ihm der Mitgliederbestand erhalten geblieben ist. Letzterer, zusammen mit den GönnerInnen und SympathisantInnen ermöglichen dem Verein durch die Mitgliederbeiträge und grosszügigen Spenden eine effiziente Arbeitsweise, was der Vorstand als Vertrauensbeweis auffasst und an dieser Stelle sehr herzlich verdankt. Die gesunden Finanzen gestatten es, gewisse Tätigkeiten (z.B. Versand anstatt verteilen, juristische Beratung) auszulagern und stattdessen Kernaufgaben wahrzunehmen.

Die langjährige Präsidentin des Vereins, Astrid Furtwängler, die auch heute noch im Vorstand tätig ist, beendete den Tätigkeitsbericht 2010 mit folgenden Worten: „Die Aktion Gümligenfeld hat ihren Platz in der örtlichen Vereinslandschaft gefunden. Allen, die dazu beigetragen haben, sei herzlich gedankt.“ Diese Konklusion gilt auch für den vorliegenden Bericht.

Für den Vorstand
Katharina Stäheli
März 2013